

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., durch
den Post 3 M., zweimonatlich 2 M.,
einmonatlich 1 M., ohne Befehlsgeld.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Nummer 5002 des amtlichen
Bezugs-Verzeichnisses.
Für die Redaktion verantwortlich
S. B. Otto Gebel in Halle.
[Verbindungsvermittlung mit Berlin und Leipzig]
Königs-Str. 17a.

Saale-Zeitung.

(Der Bote für das Saalkthal.)
Vierundzwanzigster Jahrgang.

Anzeigen
weder die Spalte oder deren Raum
mit 20 Pfg. solche aus Halle mit
15 Pfg. berechnet und in der Expedition,
von anderen Annoncenstellen und allen
Kunsten-Expeditionen angenommen.
Bekanntlich die Zeile 60 Pfg.
Ersteinst täglich mit Ausnahme der
Tage nach den Sonn- u. Feiertagen.
(Der Nachdruck unserer eigenen Artikel ist nur
mit voller Verantwortlichkeit gestattet.)

Nr. 113. Halle a. d. Saale, Sonnabend den 17. Mai 1890.

Ordnungsparteien und Sozialdemokratie.

Wir haben vor einigen Tagen den „Anruf an alle Ordnung und Gerechtigkeit liebende Bürger in Halle und dem Saalkreise“ mitgeteilt, welchen der Vorstand der hiesigen Reichspartei ergehen ließ. In diesem Anruf wird die Bildung einer einzigen, einzigen und einwilligen Partei aller Ordnungsfreunde als ein erstrebenswertes Ziel bezeichnet. Beweis ist die Absicht der Anrufer die höchste, und wir wollen auch hier nicht die Frage aufwerfen, warum dieselben Männer und ihre Gesinnungsgenossen nicht vor den Wahlen, vor dem Zusammenbruch des Reichstags für die Bildung schon damals von uns proklamirter Ziele bekamen; bei etwas gutem Willen auf beiden Seiten hätte weder in Halle noch in Magdeburg die sozialdemokratische Kandidatur durchdringen können. Es hat nicht sollen sein, und rühmliche Vernehmungen sind im Angesicht der gewaltigen und tiefgreifenden Veränderungen, die sich seit jenem 20. Februar in unserem politischen Leben vollzogen haben, doppelt zweifelhaft. Jetzt gilt es, den Willen für die Gegenwart und ihren Anruf gerichtet, für die Zukunft zu sorgen.

Es heute wirklich der rechte Zeitpunkt gekommen, um mit aller Schärfe die Trennung zwischen „Ordnungsparteien“ und Sozialdemokratie vorzunehmen? Das ist die Frage, vor der wir stehen, und wir beantworten sie mit einem entschiedenen Nein. Es hat sich seit dem Zusammenbruch des Reichstags manches ereignet. Die Trennungstheorie ist eine freudig begrüßte Idee. Es fehlte die Anknüpfung eines neuen Sozialistengesetzes. Heute gilt es eine Parteifrage, daß mit der Klugheit und Umsicht der Parteiführer gebrochen werden soll. Der Kaiser hat mehr als einmal seine Absicht ausgesprochen, alles, was an den sozialdemokratischen Forderungen irgend berechtigt und realisierbar ist, zur Erfüllung zu bringen. Die kaiserliche Regierung will eine ehrliche Probe machen, ob sich nicht auch eine Ueberwindung und Spezialmaßnahmen annehmen läßt. Zu dieser ehrlichen Probe sollten sich auch die Parteien um so eher verstehen, als bereits innerhalb der Sozialdemokratie Anzeichen einer rüchmüthigen Bildung wahrnehmbar sind.

Die sozialdemokratische Parteilosung war in Halle versammelt und richtete von hier aus an die Parteigenossen ein Schreiben, in welchem von einem allgemeinen Streit am 1. Mai direkt abgesehen und vor allem an Ruhe und Frieden gemacht wurde. Das war ein ernstliches und noch erfolgreicherer Erfolg begleitetes Zeichen politischer Einsicht, und eine Partei, die sich fähig zeigt, bei einem Anlaß ihre Handlungen auf das Mögliche und Zweckmäßige zu richten und mit gegebenen Machtverhältnissen zu rechnen, scheint auf gutem Wege, auch auf anderem Gebiet einen nichterneren Gehen mit Taktgefühl zugänglich zu werden. Diese Hoffnung ist auch nicht getrübt worden. Zum erstenmale ist die Sozialdemokratie mit der statlichen Anzahl von 35 Vertretern im Reichstag erschienen, und das Gefühl der größeren Verantwortlichkeit, die jede namhafte Parteiverzögerung bedingt, hat sich schon in der kurzen Zeit der Tagung Ausdruck verschafft. Im Gegensatz zu ihrem früheren Verhalten hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich diesmal entschlossen, an allen Kommissionsberatungen teilzunehmen; sie hat eine Reihe von Anträgen eingebracht, die sich — wie man auch im einzelnen über ihren Inhalt denken mag — durchwegs auf den Boden der Gesellschaftsordnung stellen; sie hat in ihrem von „Reichsangelegenheiten“ in der Reichstags-Sitzungstagung von der prinzipiellen Forderung der achtstündigen Arbeitstages Abstand genommen und eine allmähliche Ueberführung in diesen ihr wünschenswerthen Zustand bis zum Jahre 1893 angebahnt; endlich haben ihre Redner in den Debatten über die Gewerbeverträge, über die Kolonialforderung und über die morgen zu betrachtende Militärvorlage alles vernommen, was an die früheren Brandreden irgendwie erinnern könnte; ihre Ausführungen konnten im wesentlichen ebenso gut von Rednern des radikalen Flügels der „Ordnungsparteien“ vorgetragen werden. Kurz, alles, was von sozialdemokratischer Seite in der letzten, von der Neuordnung der Dinge an datirenden Zeit geschehen ist, beweist, daß eine Kritik in der Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung eingeleitet ist. Die verhandlungen führen verjüngen sich von der agitatorischen, blind flümmenden Verleumdung loszulassen, und damit wäre denn der erste Schritt getan, um die heutige, in utopischen Anschauungen verwickelte Sozialdemokratie zu einer radikalen Arbeiterpartei umzuwandeln, welche die politische Entwicklung in Deutschland nur langsam beeinflussen müßte. Der Arbeiterthron hat ein gutes Recht darauf, seine besonderen Interessen und Ansprüche im Reichstage von Männern vertreten zu sehen, die sein Leben und seine Bedürfnisse am selbstverwehrtesten Erfassung kennen; und unsere von sozialen Problemen ganz erfüllte Zeit könnte von den Anträgen und der ersuchten Mitarbeit solcher Arbeitervertreter nur den größten Nutzen ziehen, wenn diese Männer ihre unerfüllbaren und gemeingefährlichen Forderungen, ihre gewaltthätigen Umlaufreden über Bord werfen und sich vertrauensvoll auf den Boden unserer Rechtsordnung stellen.

Das sind ferne Ziele, und wir sind weit entfernt von der optimistischen Voraussetzung, die Entwicklung, die sich hier symptomatisch andeutet, könne sich etwa von heute auf morgen vollziehen. Aber es wäre nicht das erste Beispiel in der Geschichte aller Kulturen und Künste, daß nach dem Sturm und Drang eine ruhige Periode folgt und daß der Wolf, der sich im Anfang so abjurd geberdet, am Ende doch noch einen guten Wein geben hat. Ebenfalls bietet die augenblickliche Lage nicht die mindeste Veranlassung dazu, Gesandte ohne Zwang zu verschicken, die sich langsam auszuzeichnen beginnen. Die

von dem Anrufe der Reichspartei aufgestellte Behauptung, die Sozialdemokratie erhebe Ansprüche als je „unser Herrmann“, sie erklärt offen und ohne den heutigen Staate und der heutigen Gesellschaft den Krieg.“ Sie sei „ungeheuerlich durch die Wählerrolle“, ohne Vaterland und ohne Vaterlandsliebe,“ sie empfinde „ihre Anspitze vom Auslande“, diese Behauptung wird durch die einfachen Thatfachen bestätigt. Die Beschlässe über die Feier vom 1. Mai sind — mit der Einschränkung, daß ein Weltfeiertag dort nicht proklamirt worden ist — allerdings in Paris gefaßt; aber der deutsche Kaiser hat in seinem bekannten Erlasse die Thatfache der internationalen Verbrüderung der arbeitenden Klassen nur als eine Anregung für die Regierungen aufgefaßt, ihnen auf diesem Gebiete zu folgen; er hat der Arbeiterinternationale die internationale Arbeiterversammlung genehmigt und damit der Sozialdemokratie eine ihrer wichtigsten Waffen ohne Gewalt aus der Hand genommen. Aber will kaiserlicher Feind sein als der Kaiser? Wer will die „britische Probe“ nicht wagen, die der Monarch in jeder Entscheidung macht?

Der gesammte Gang unserer neueren Gesetzgebung zeigt, wie vieles in langen Jahren auf sozialpolitischem Gebiete verabsäumt worden ist. Ohne die Sozialdemokratie wären wir nicht so weit, wie wir sind; das hat Bismarck offen anerkannt, das sollten auch alle Parteien rüchmüthig anerkennen. Noch giebt es viel zu thun; aber mit jedem Schritt, den wir auf der eingeschlagenen Bahn vorwärts thun, entziehen wir der blind hegenden Agitation einen Fuß breit Boden. Die bürgerliche Gesellschaft hat jetzt die Pflicht, im Vollgefühl ihrer Kraft, die es ihr ermöglicht, jeden Versuch, den inneren Frieden gewaltsam zu stören, sofort und wirksam niederzuschlagen, die Sozialdemokratie als einen allen anderen Parteien gleichberechtigten Faktor im Staatleben zu behandeln. Dieser Pflicht wird sie erst in dem hoffentlich fernem Augenblick entbunden, in dem von neuem gesamtstaatliche Vorstöße den sozialen Frieden bedrohen werden. Bis dahin ist jede Verhinderung, jeder Versuch, eine unüberwindliche Grenzlinie zwischen den einzelnen Klassen und Parteien zu errichten, nicht nur überflüssig, sondern geradezu schädlich. Ein solcher Versuch zerstört den sozialen Frieden, den er schaffen und dauernd erhalten möchte. Die Zeit wecket und ihre Ansprüche wachen sich mit ihr; was getrieben und löblich war, kann heute unnütz und gefährlich sein; das sehen wir jetzt alle Tage.

Die bürgerliche Gesellschaft ist stark, sie ist jedem Ansturm gewachsen; sie wird noch stärker sein, sobald sie mit gutem Gewissen erklären kann, alles irgend Erreichbare zum Wohl der arbeitenden Klassen geschehen zu haben. Und bei der leisesten Möglichkeit, mit der „schweren, der ganzen modernen Kultur drohenden Gefahr“, die auch wir stets in der Sozialdemokratie erkannt haben, auf friedlichem Wege fertig zu werden, hat jede in den Erfahrungen der Vergangenheit noch so sehr begründete Angst vor ihrer Berechtigung verloren. Mit der Sozialdemokratie werde ich schon allein fertig werden“ hat Kaiser Wilhelm gesagt; ohne besonderes Scheitern können auch die bestehenden Parteien mit ihr fertig zu werden versuchen. Es wäre ein schönes Zeichen für die Gesundheit unserer innerweltlichen Verhältnisse, wenn nach den „nationalen“ Parteiparteien auch der Begriff der „Ordnungsparteien“ im Gegensatz zu ordnungsfreundlichen und Spaltenreich verfallen könnte.

Deutsches Reich.

Unter der Ueberschrift „England und die Tripelallianz“ veröffentlicht die „Hamburger Nachrichten“ an leitender Stelle einen Artikel, dessen Deutlichkeit und energische Sprache nicht daran zweifeln lassen, daß die Informationen zu demselben aus nächster Nähe Hamburgs eingeholt sind. Der Artikel lautet:

Die Berliner „Kreuz-Ztg.“ bringt folgende aus London datirte Korrespondenz:
Die Behauptung der „Hamb. Nachr.“, daß Fürst Bismarck überhaupt nicht danach geschriet habe, mehr als eine moralische Unterstützung von England zu erlangen, ist die höchste unterrichteten Kreise entgegenzusetzen. Es ist hier ein öffentliches Geheimnis, daß das deutsche Auswärtige Amt im Sommer 1888 England fast peremptorisch anging, ein Schutz- und Trutzbündnis abzuschließen und dem Dreibund beizutreten. Lord Salisbury sah sich durch dieses Drängen, welches noch dazu mit wenig Discretion stattfand und durch das Erdbeben des Groten Herbst Bismarck Tagesgespräch in allen Anstos wurde, in nicht geringe Verlegenheit versetzt und wurde infolgedessen von der Opposition, in der sich bekanntlich Bismarck besonders hervorhob, mit endlosen Fragen heimsucht. Die natürliche Folge war eine harte Bestimmung und so waren denn dementsprechend, als Kaiser Wilhelm II. den Thron bestieg, die deutsch-englischen Beziehungen hofflich, aber kalt. Lord Salisbury begie den ernstlichen Wunsch, mit Deutschland ein engeres Verhältnis der Freundschaft anzuknüpfen, nicht sowohl um mit dem Land, welches von dem Ende der Königin beherrschet wurde, auf dessen Seite zu stehen, als auch und vielmehr um dadurch Englands Stellung in der politischen Lage Europas einen sehr nöthigen Halt zu gewinnen. Das Verhalten des Berliner Auswärtigen Amtes veränderte aber jede Verständigung nach und nach. Lord Salisbury sah sich durch dieses Verhalten nicht nur in die höchste Verlegenheit versetzt, sondern auch in den Gefühlen, welche beide Nationen zu einander befehlen. Des Kaisers Besuch, sein leuchtendes herangekommenes Auftreten und die freimüthige Art, wie er die Welt auf sich erkennen ließ, daß ihm an der Freundschaft Englands gelegen sei, die die Verbindung herbeiführte, welche England sowohl mit Deutschland zum Segen gerieten muß und in Folge einer Verwicklung der politischen Lage einen Einfluß ausüben dürfte, der kaum übersehbar werden kann.“
Wir können diesem Korrespondenz-Artikel der „Kreuz-Ztg.“

die Anerkennung nicht verweigern, daß er an derselben Entstellung der Wahrheit in den Annalen der Zeit seinesgleichen sucht. Schon, daß die „Kreuz-Ztg.“ den Artikel aus London datirt, ist für seine Eigenschaften bezeichnend; diese Proben erheben höchst ungläubig. Wir sind der Ansicht, daß aus London niemals solche Meinungsäußerungen geäußert werden können, wie vermuthet wird dem Artikel der „Kreuz-Ztg.“ bringen Berliner Republikaner, die dem Artikel des Artikels enthält eine selbständige Erfindung ohne jede Unterlage. Weder im Sommer 1888 noch zu irgend einer anderen Zeit ist das deutsche Auswärtige Amt ungeduldet und unwillig genug gewesen, England — und sogar nicht peremptorisch — um Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses, resp. wegen Eintritts in die Tripelallianz anzufragen. Wir haben uns schon früher über die für England bestehende Unmöglichkeit, solche Bündnisse abzuschließen, ausgesprochen und die bekaunte Behauptung, „von Dorf zu Dorf“ mit der Thatfache widerlegt, daß die Königin von England gänzlich außer Stande sei, solche Anträge zu treffen; der deutsche Kaiser wäre vielleicht in der Lage, derartige Verträge aus speziell abzuhandeln, die Königin von England absolut nicht. Die „Kreuz-Ztg.“ sollte über diese Sache hinreichend informiert sein, um Simulationen nicht für glaubhaft zu halten, die im hundertsten Theile sicher sind und deren Vertheilung nur auf Absichten beruhen kann, mit deren moralisch-politischer Einschätzung sich unser neulicher Artikel, den die „Londoner Korrespondenz“ der „Kreuz-Ztg.“ angreift, beschäftigt hat.
Wenn in der Korrespondenz von Lord Salisbury ausgesprochen wird, daß es schwerlich das Drängen (des deutschen Auswärtigen Amtes auf Abschluß eines Tripelallianz) in nicht geringe Verlegenheit versetzt worden sei, so kann die Angabe den englischen Staatsmann nur mit geringfügiger gegen eine Presse erfüllen, die solche Absichten wiederholt und vertritt. Es ist natürlich wieder ein Drängen noch auch die letzte Sondierung über eine Zustimmung hatgefallen, deren Unmöglichkeit für den jüngsten Legationssekretär in Berlin oder London außer Zweifel stehen mußte.

Die logische Folge eines förmlichen Anschlusses Englands an die Tripelallianz würde sein, daß, wie England zu letzten gezwungen wäre, sobald z. B. ein neuer deutsch-französischer Krieg um Ausbruch käme, umgekehrt das Deutsche Reich verpflichtet sein würde, mit seinen Streitkräften dem quadrupelalliierten England zur Seite zu stehen, zu kommen, das letzteres mit England gegen Spanien, China oder sonst einem Grande in Sühnel getriebe. Selbst die Erfinder der Legende von den lebensfähigen Vermählungen des Fürsten Bismarck, England zum Eintritt in die Tripelallianz zu bewegen, werden im Reich nicht glauben, daß Deutschland je eine solche Verpflichtung übernehmen könne und daß die Übernahme dem deutschen Auswärtigen Amte jemals ein erstrebenswertes Ziel gewesen sei.

Nicht minder unbegründet sind alle übrigen Angaben der „Kreuzzeitungs“-Korrespondenz. Es hat weder eine harte, noch überhaupt eine Bestimmung zwischen Deutschland und England über die Tripelallianz bestanden. Die Beziehungen zwischen Berlin und London waren damals, genau so wie heute, solche der reinen Freundschaft und des vollen gegenseitigen Vertrauens. Lord Salisbury konnte den ernstlichen Wunsch, mit Deutschland ein engeres Verhältnis der Freundschaft anzuknüpfen, schon deshalb nicht hegen, weil dieses Verhältnis nur bestand und von beiden Seiten jederzeit sorgfältig gepflegt worden war. Uebrigens wird dieser Bestand und diese Pflege auch nach dem Regierungswechsel in Deutschland bestehen bleiben. Welt entfernt, daß das Verhalten des Berliner Auswärtigen Amtes, welches die deutsche Freundschaft hätte, bilde die ausschlaggebende Bedingung des seit dem Amtsantritt Lord Salisburys stets von beiden Seiten diskrät und erlösigend gepflegten Einvernehmens zwischen dem Berliner und dem Londoner Kabinett eine Hauptgegenstand der diplomatischen Sorge. Es ist deshalb eine weite Unnahrheit die Kreuzzeitungs-Artikel, wenn gesagt wird, daß sich seit dem Amtsantritt Lord Salisburys ein neues Verhältnis zwischen den beiden Nationen sei, zwei Nationen ein anderes geworden. Der Reich des letzten Kaisers in England und sein gewinnendes Auftreten haben ohne Zweifel neue Möglichkeiten für die Dauer dieser letzten bestehenden Freundschaft entstehen lassen, aber das eine „Veränderung“ der deutsch-englischen Beziehungen erforderlich, die es wäre, ist eine dreifache Unnahrheit, deren Verbreitung auch dem Lord Salisbury schwerlich erwünscht sein dürfte.

Am Mittwoch fand unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten, Generals v. Caprivi eine Sitzung des preussischen Staatsministeriums statt, in welcher hauptsächlich über den Schluß der Landtagsarbeiten verhandelt wurde. In parlamentarischen Kreisen wird dieser Anknüpfung in dieser Sitzung Stellung zu den juristischen Verhandlungsgegenständen des Landtages genommen ist. Dies gilt insbesondere von dem im Abgeordnetenhaus zur Beratung gelangten Budgetgesetz, in welcher Beziehung die Verhandlungen vornehmlich, die inwärtig ersten Bedenken begangen werden in der Subkommission auch noch eine materielle Abänderung der Vorlage in Bezug auf die Verteilung der Mittel zur Verteilung einer Anleihe für die Berliner Dom besprochen ist. Gleich darauf, nach der Vertagung über die Verwendung des Sperrgeldes nicht unbedeutend bleibt.

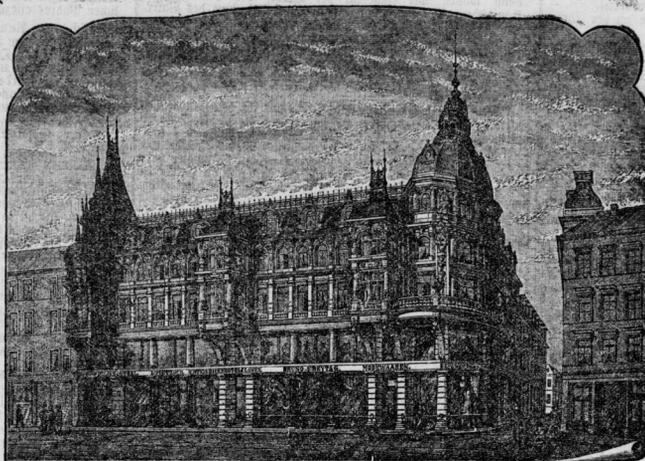
Der Nachrichten, dessen Einbringung neben demjenigen über die Rentenversicherungsarbeiten nach bedacht wird, wird die v. B. W. melden, durch die in der laufenden Session beschlossenen Verstaatlichungen der Eisenbahnen bedingt. Er hat, wie es früher aus gleichem Anlaß bereits öfter vorgelegten Nachrichten eine mehr formelle Bedeutung und dürfte inwärtig längere Verhandlungen erfordern. Durch die Vollendung der Einbringung dieses Budgetgesetzes wird daher der Frage des Schlusses der Landtagsarbeiten in seiner Weise präjudizirt.
Die von uns gestern in einem Londoner Eigentelegramm gemeldete „Times“-Nachricht, daß der Kaiser von Russland sich entschlossen habe, seine bisherige

Bruno Freytag.

Seiden- u. Modewaaren-
Confection.

Morgenröcke, Tricotailen,
Jupons.

Eigne Ateliers
für
Kleider- und Mantel-
Confection
im Hause.



Leinen- u. Baumwollen-
Waaren.

Teppiche,
Linoleum.

Gardinen.
Portièren.

Reise- u. Schlafdecken.
Tuche.

Elektrische Beleuchtung.

Fernsprecher 370.

P. P.

Hiermit erlaube ich mir, meine werthen Kunden und ein geehrtes Publikum höflichst zu benachrichtigen, daß ich meine seit 25 Jahren bestehende

Manufaktur- und Modewaaren-Handlung

mit dem heutigen Tage in mein neuerbautes Geschäftshaus Leipzigerstraße 104 part. I. und II. Etage verlege.

Die großen und hellen, der Neuzeit entsprechend eingerichteten Räumlichkeiten gestatten mir, in den einzelnen Etagen mit einer noch größeren Auswahl als bisher dienen und auch mit neu eingeführten Artikeln aufwarten zu können.

Meine Sortimente in Kleiderstoffen in Wolle und Seide, ferner die Auswahl in fertigen Confectionsstücken, sowie mein Möbelstoff- und Teppich-Lager habe ich bedeutend vergrößert, so daß ich glaube, selbst den weitgehendsten Ansprüchen vollkommen genügen zu können. Mit besonderer Sorgfalt ist das Leinen- und Baumwollwaaren-Lager ausgestattet, welches in seinen einzelnen Abtheilungen vorzüglich sortirt ist. Neu eingeführt habe ich Linoleum, Deinenhorfer und Böyender Fabrikate. Durch große Abschlässe kann ich diesen Artikel recht preiswerth verkaufen, auch halte ich stets die größte Auswahl am Lager. Um den vielfach geäußerten Wünschen meiner werthen Kundenschaft nachzukommen, habe ich auch die Kostüm-Confection eingerichtet. Mit Hilfe einer bewährten Directrice kann ich für tadellosen Sitz garantiren. Auch sehen jederzeit in dem eigens dazu eingerichteten Salon eine große Anzahl Modell-Kostüme jeden Genres zur Ansicht und Auswahl.

Wie bisher werde ich auch in Zukunft meinem Geschäftsprinzipie treu bleiben, bei aufmerksamer Bedienung gute Fabrikate zu billigsten Preisen zu liefern, und so knüpfe ich an den Ausdruck meines aufrichtigsten Dankes für das Wohlwollen und Vertrauen, welches mir meine werthe Kundenschaft nun bereits ein Vierteljahrhundert hindurch entgegengebracht hat, die höfliche Bitte, auch mein neues Unternehmen gütigst unterstücken zu wollen.

Halle a. S., 17. Mai 1890.

Hochachtungsvoll und ergebenst

Bruno Freytag.